Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 238 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis freibleibend. | Halver Montag, den 3. Dezember 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpfg. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das neue preußische Notgeld ist ausgegeben worden und ist als wertbeständig zu betrachten.

* Im Ruhrrevier wurde ein Abkommen erzielt, nach dem sich die Bergarbeiter zu einer Stunde Mehrarbeit auf jede Schicht verpflichten.

* Nachdem die Pläne zu einem Kabinett Stegerwald gescheitert waren, versuchte während des Freitags der Zentrumsabgeordnete Marx die Bildung der Reichsregierung.

* Das englische Auswärtige Amt wendete sich gegen die Märchen von deutschen Rüstungen.

* Die Separatisten wurden in Duisburg von belgischer Gendarmerie entwaffnet. Damit hat die Separatistenherrschaft in Duisburg ihr Ende gefunden.

Wie die Krise verlief.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.

Berlin, 30. November.

Womit begann eigentlich die ganze Krise? Am vergangenen Freitagabend stellte es sich heraus, daß Dr. Stresemann, der als Vertrauensmann einer ganz bestimmten parlamentarischen Koalition die Regierung übernommen hatte, dessen Aufstellung als Reichskanzler geradezu als ein Versuch des Parlaments aufzufassen ist, sich gegenüber dem überparteilichen, überparlamentarischen Kabinett Cuno wieder in den Sattel zu setzen, daß die Basis, auf die sich Dr. Stresemann parlamentarisch stützte, nicht mehr arbeitsfähig war. Er erhielt ein Mißtrauensvotum von den Sozialdemokraten, weil diese Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes und das Verhalten der Reichsregierung Bayern gegenüber nicht billigten und von den Deutschnationalen, weil diese der Ansicht waren, daß infolge des Mißtrauens weiter Kreise in Deutschland die Reichsregierung einfach nicht mehr die innere Kraft habe, die Dinge zu meistern.

Unterlegen waren also die Mittelparteien. Der Reichspräsident jedoch wandte sich an ein Mitglied dieser Parteien, Herrn von Kardorff, dessen politische Einstellung etwas links von Dr. Stresemann liegt und der infolgedessen von den Deutschnationalen sofort abgelehnt wurde und den darauf seine eigene Partei, die Deutsche Volkspartei, zurückzog. Nun begannen zwei Parallelaktionen. Auf der einen Seite blieb der Reichspräsident dabei, daß es sein Recht sei, den Kanzler zu bestellen — er veranlaßte darauf den früheren Chef der Reichskanzlei, Herrn Dr. Albert, zu einem Versuch der Kabinettsbildung. Und auf der anderen Seite war die Wirkung bei den Mittelparteien so stark, daß hier die Absicht immer breiteren Boden gewann, daß man jetzt ein Kabinett der bürgerlichen Parteien bilden müsse und daß man den Vertrauensmann dieser parlamentarischen Koalition dem Reichspräsidenten als Kandidaten präsentieren wollte. Darüber hinaus verstärkte sich aber auch das Bewußtsein dafür, daß man auf den Grund parlamentarischer Kompromißlereien und Verhandlungen doch nicht zu einem den furchtbaren Schwierigkeiten der Gegenwart gerechtwerdenden Resultat kommen würde, sondern, daß hier eine Persönlichkeit die Führung übernehmen, die sich auf außerparlamentarische Kräfte stützend das Parlament zu einer vorläufigen Vertrauenskundgebung durch diese Persönlichkeit und die hinter ihr stehenden Kräfte zwingen und dann diktatorisch regieren sollte.

Der letzte Weg konnte aber zunächst nicht beschritten werden, weil die Persönlichkeiten und die — Parteien versagten; blieb also nur der erste Weg, und nun setzten die Verhandlungen zwischen den bisherigen Regierungsparteien und den Deutschnationalen ein. Von den Deutschnationalen wurden sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht, sie erklärten sich sogar unter gewissen Bedingungen bereit, Dr. Stresemann, den sie selbst gestürzt hatten, wieder in ein neues Kabinett hinüberzunehmen. Aber die Verhandlungen scheiterten doch an der Preußenfrage.

Denn die Deutschnationalen stellten sich auf den Standpunkt, daß es nicht genügen könne, wenn im Reich zwar eine Regierung ohne — oder gegen — die Sozialdemokratie gebildet werden solle, daß aber in Preußen, also dem größten Bundesstaat, die alte Koalition, d. h. mit Einschluß der Sozialdemokratie bestehen bleibt. Damit würde nach Ansicht der Deutschnationalen eine bürgerliche Reichsregierung praktisch einfach jeder Einwirkung beraubt, sie würde einfach lahmgelegt werden, zumal in der preußischen Regierung die Gegner der Reichsregierung, nämlich die Sozialdemokratie, durch Amt und Persönlichkeiten die stärkeren seien. Deswegen sollten die anderen bürgerlichen Parteien bindende Erklärungen darüber abgeben, daß in Preußen gleichfalls eine rein bürgerliche Regierung eingeführt werden solle.

Das aber haben diese abgelehnt, teils ganz offen, teils verklausuliert und damit ist, da die Deutschnationalen auf ihrer Forderung bestehen blieben, der Versuch einer nach rechts neigenden Reichsregierung mit Stegerwald an der Spitze gescheitert. Schon am Donnerstag erklärten die Demokraten, daß die deutschnationale Forderung nicht nur nicht abgelehnt, sondern die große Koalition in Preußen durch einen ausdrücklichen Beschluß gebilligt werden sollte. Als nun auch dieses Verlangen abgelehnt wurde, weigerten sich die Demokraten, an der Sonderaktion der Parteien weiter mitzuwirken und erklärten, daß die Weiterführung der ganzen Sache dem Reichspräsidenten überlassen werden müsse. Das geschah durch die Beauftragung des Zentrumsführers Marx durch Ebert.

Damit wurde der Kreis geschlossen und die Neubildung des Kabinetts in der alten Form auf parlamentarischem Boden unter Leitung des Reichspräsidenten in die Wege geleitet.

*

Antwort Eberts an Hergt.

Abg. Hergt, als Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei, hatte bekanntlich an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem das Erstaunen darüber ausgedrückt war, daß nicht eine der Oppositionsparteien (Deutschnationale oder Sozialdemokraten) mit der Kabinettsbildung beauftragt worden sei.

Reichspräsident Ebert antwortete darauf in einem längeren Brief, in dem er zunächst sagt, „daß die Reichsverfassung die Berufung des Mannes, der die Reichsregierung bilden und leiten soll, meiner freien Entschließung überläßt. In Ausübung dieses mir verfassungsmäßig zustehenden Rechtes habe ich bisher mit der Bildung einer neuen Regierung stets eine Persönlichkeit betraut, deren politische Stellung die meiste Aussicht auf eine schnelle Zusammenstellung eines arbeitsfähigen Kabinetts zu bieten schien; diesen Weg bin ich auch in der gegenwärtigen Krise gegangen." Der Präsident führt dann aus, für keine der beiden Oppositionsparteien sei die Möglichkeit der Bildung einer Regierung auf verfassungsmäßiger Grundlage vorhanden gewesen. Durch Herrn v. Kardorff seien übrigens der Deutschnationalen Volkspartei zwei wichtige Ressorts zur Besetzung durch Männer ihres Vertrauens angeboten worden.

Wieder Schwierigkeiten.

Abg. Marx bei der Regierungsbildung.

Berlin, 30. November.

In den Morgenstunden wurde hier bereits die Nachricht verbreitet, Abg. Marx habe das Kunststück fertiggebracht und wirklich das neue Reichskabinett gebildet. Selbst die Meldungen des amtlichen Wolffschen Telegraphen-Bureaus bestätigten diese Ansicht, denn es gab um zwei Uhr nachmittags eine teilweise Ministerliste bekannt. Die neue Reichsregierung sollte sich danach wie folgt zusammensetzen: Reichskanzler: Dr. Marx (Z.), Vertreter des Reichskanzlers: Dr. Jarres (Volksp.), Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Stresemann (Volksp.), Reichswehrminister: Dr. Geßler (Dem.), Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns (Z.), Reichsfinanzminister: Dr. Luther (Volksp.), Reichspostminister (gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt): Dr. Hoefle (Z.).

Die Ressorts des Verkehrs, der Wirtschaft, der Ernährung und der Justiz würden voraussichtlich im Laufe des Tages besetzt werden.

Die Wiederbesetzung des Reichsministeriums für Wiederaufbau sollte nicht vorgesehen sein.

Weiter wurde noch bekannt, daß dem Kabinett beitreten sollten der deutschnationale Abg. Schiele als Ernährungsminister, Dr. Hamm (Demokrat) als Innenminister, Dr. Emminger (Bayer. Volksp.) als Justizminister, der Industrielle Henrich als Reichsverkehrsminister. Das Ende der achttägigen Wirren schien also nahe, da teilten die Deutschnationalen dem Abg. Marx mit, sie könnten den Eintritt des Abgeordneten Schiele als Ernährungsminister in das Kabinet nicht gestatten. Das bedeutete, daß auch der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei Dr. Emminger, der das Justizministerium nur unter der Bedingung übernehmen wollte, daß der Deutschnationale Schiele das Ernährungsministerium übernimmt, ebenfalls nicht in das Kabinett eintritt. Nun sollte das Ernährungsministerium Graf Kanitz behalten, das Justizministerium einem Mitglied der Deutschen Volkspartei, wahrscheinlich dem Abgeordneten Dr. Düringer, der früher badischer Justizminister gewesen ist, angeboten werden.

Immerhin war wieder eine neue Schwierigkeit für den Abg. Marx geschaffen, der von vornherein durch die Einbeziehung eines Deutschnationalen und eines Bayerischen Volksparteilers in seine Kabinettsliste bekundet hatte, daß er nicht mit einer absoluten Opposition dieser Parteien gegen seine Regierung rechne und nun diese Annahme schwinden sah. Auf der anderen Seite blieb die Haltung der Sozialdemokratie undurchsichtig. Sie trat im Laufe des Nachmittags zu einer Beratung zusammen. Ob nach dem Ende dieser Sitzung eine bessere Übersicht über die Situation ermöglicht sein werde, stand in den Abendstunden noch dahin, ebenso, ob bei den neu entstandenen Schwierigkeiten die wiederholt ventilierte Frage der Reichstagsauflösung dringlicher wird.

*

Das neue Kabinett.

Berlin, 30. Nov. Die endgültige Ministerliste hat sich folgendermaßen gestaltet:

Reichskanzler Dr. Marx (Zentr.)
Vizekanzler und Reichsminister des Innern Dr. Jarres (der Deutschen Volkspartei nahestehend)
Reichsminister des Aeußeren Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei)
Reichswehrminister Dr. Geßler (Dem)
Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Zentr.)
Reichspostminister und Minister für die besetzten Gebiete Höfle (Zentr.)
Reichsjustizminister Emminger (Bayr. Volkspartei)
Reichsfinanzminister Dr. Luther (Deutsche Vp.)
Reichsverkehrsminister Dr. Oeser (Dem.)
Landwirtschaftsminister Graf Kanitz (parteilos)
Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm (Dem.)
Das Wiederaufbauministerium bleibt unbesetzt.

*

Die Bestätigung durch den Reichspräsidenten.

Berlin, 30. Nov. Der Reichspräsident hat den Senatspräsident Marx, M. d. R, zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsregierung wie oben mitgeteilt, neu gebildet.

*

Reichskanzler Wilhelm Marx ist in Köln als Sohn eines Schulrektors am 15. 1. 1863 geboren, steht also im 61. Lebensjahre. Er studierte in Bonn Rechtswissenschaft. 1884 machte er sein Referendarexamen, 1888 wurde er Assessor, 1894 Landrichter in Elberfeld und kehrte 1904 als Landgerichtsrat nach Köln zurück. 1906 zum Oberlandesgerichtsrat ernannt, wurde er ein Jahr darauf nach Düsseldorf versetzt. Nach dem Krieg war er ein Jahr Generaldirektor der Volksvereinszentrale in M.-Gladbach, kehrte aber 1920 in den Justizdienst zurück; zuerst wurde er Landgerichtspräsident in Limburg, 1921 Senatspräsident am Kammergericht. 1899 kam er als Abgeordneter in den Landtag aus dem er 1921 ausschied, 1910 in den Reichstag, wo er den Wahlkreis 25 (Düsseldorf-Ost) vertritt. Er gehörte von Anfang an der Zentrumsfraktion an, in der er sich besonders der Schulfragen in ausgesprochen zertrümmerlichem Sinne annahm; nach dem Tode Trimborns wurde er 1921 deren Vorsitzender und trat auch in die Parteileitung ein.

*

Schiele lehnt ab.

Berlin, 30. Nov. Wie die T. U. erfährt, hat der der deutschnationale Reichstagsabg. Schiele dem Abg. Marx mitgeteilt, daß er den Posten des Reichsernährungsministers nicht annehmen könne, nachdem die Deutschnationale Fraktion sich auf den Standpunkt gestellt habe, ihm die Annahme dieses Ministerpostens nicht anraten zu können.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Leipziger Zwischenfälle.

Die Pariser Botschafterkonferenz hat sich mit den Leipziger Zwischenfällen beschäftigt und zur Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung den beiden Offizieren (ein belgischer Hauptmann und ein französischer Feldwebel) den Ausdruck des Bedauerns mitgeteilt, bisher aber keinerlei Schritte bei der interalliierten Kontrollkommission in Berlin unternommen habe. Es wurde beschlossen, an die Reichsregierung eine Note zu richten und sie darin auf Wiedergutmachung dieser Unterlassung hinzuweisen. Andererseits soll die Berliner Regierung ersucht werden, gegen die deutschen Offiziere, die bei den Leipziger Vorfällen eine führende Rolle gespielt haben, Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen.

Krankenkassen und Ärzte.

Die vom Reichsarbeitsministerium schon angekündigte Maßnahme zur Verhütung des Ärztestreiks wird durch eine vom 29. November datierte Verordnung des Reichspräsidenten getroffen. Danach ist Kündigung eines Ärztevertrages bei der Krankenversicherung wie im § 626 BGB. nur bei wiederholter und wichtiger Verletzung kassenärztlicher Pflichten zulässig und wird zugunsten der Ärzte abweichend vom allgemeinen bürgerlichen Recht erst mit der Entscheidung des Überwachungsausschusses wirksam. Die Befugnis des Kassenvorstandes, nach Anhörung von Sachverständigen Richtlinien aufzustellen, fällt weg. Im übrigen würden die Kassenvorstände die Befugnis zur bezirksweisen Verteilung der Kassenärzte erst ausüben, wenn der Überwachungsausschuß gebildet ist.

Protest gegen französisches Unrecht.

Vor kurzem ist an der deutsch-schweizerischen Grenze, auf deutschem Boden, bei Singen, ein französischer Hauptmann Pendariès d'Armont festgenommen worden, der seit mehreren Jahren dem französischen Generalkonsulate in Basel zugeteilt ist und von dort aus wirtschaftliche und politische Spionage gegen Deutschland betrieben hat. Auf Grund des umfangreichen Belastungsmaterials hat der Oberreichsanwalt ein Verfahren gegen d'Armont eingeleitet. Unter Nichtachtung der klaren Rechtslage und des deutschen Einspruchs sind die französischen Besatzungsbehörden zur Verhaftung des Senatspräsidenten Lenzber vom Oberlandesgericht in Düsseldorf als Geisel für den Spion geschritten. Die deutsche Regierung hat ihren Geschäftsträger in Paris angewiesen, nachdrücklich gegen diese Rechtsverletzung zu protestieren, und zugleich eine Note an die französische Botschaft gerichtet, in der sie fordert, daß Lenzberg sowie andere in dieser Angelegenheit etwa festgenommene Geiseln unverzüglich freigelassen werden.

Preußisches Notgeld in Verkehr gesetzt.

Mit dem 30. November ist zum erstenmal das neue preußische Notgeld zur Ausgabe gelangt. Da es später gegen Goldschatzanweisungen des Deutschen Reiches oder mit gleichwertigem Barbetrag eingelöst wird, ist es als wertbeständiges Zahlungsmittel anzusehen und zu behandeln. Es ist daher nicht nur jedermann zu seiner Annahme verpflichtet, sondern bei der Zahlung mit preußischem Notgeld ist auch Rabatt wie bei den anderen wertbeständigen Zahlungsmitteln zu gewähren.

Großbritannien.

× **Das englische Auswärtige Amt gegen die Lügen von deutschen Rüstungen.** Das Auswärtige Amt macht bekannt, daß die alarmierende Reuter-Meldung über die „militärischen Rüstungen" Deutschlands keinen offiziellen Charakter haben. „Daily Expreß" verlangt deshalb, daß Reuter, der als englische amtliche Agentur anzusehen ist, seine Quelle angeben soll, denn diese Reuter-Meldung habe alle

Kennzeichen der Propaganda. In Anbetracht ihrer Wirkung sei das englische Volk berechtigt, zu wissen, woher sie stammt. Das Vorkommnis erregt beträchtliches Aufsehen in England, und die Blätter fordern energische Aufklärung.

Aus In- und Ausland.

Berlin. General v. Seeckt hat an den Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei auf dessen Beschwerde ein Antwortschreiben gesandt, in dem er das Verbot der Partei mit besonderer Bezugnahme auf die Tätigkeit des Abg. v. Graefe aufrechterhält.

Berlin. Nachdem bereits die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten sich gegen die Beamtenabbauverordnung geäußert haben, haben nunmehr auch die demokratischen Reichstagsabgeordneten Schiffer, Delius und Schuldt-Steglitz im Reichstage einen in dieser Richtung liegenden Antrag eingebracht.

Köln. Die Kölnische Zeitung will aus durchaus vertrauenswürdiger Quelle in München erfahren haben, daß in Landsberg Vorbereitungen zur Inhaftierung Ludendorffs getroffen würden, weil er angeblich sein Ehrenwort gebrochen habe.

Braunschweig. Die bürgerlichen Parteien haben im braunschweigischen Landtag den Antrag gestellt: 1. die Zahl der Abgeordneten auf 30 herabzusetzen, 2. den gegenwärtigen Landtag am 19. Januar 1924 aufzulösen und Neuwahlen für den 20. Januar 1924 anzusetzen, 3. die Zahl der Minister auf höchstens drei zu begrenzen.

München. Im Ständigen Landtagsausschuß wurde eine Goldmarkanleihe in Höhe von 20 Millionen Mark für produktive Notstandsmaßnahmen und Sicherung der Volksernährung genehmigt.

Preußischer Landtag.

tt. Berlin, 30. November.

Der Preußische Landtag beschäftigte sich heute mit der großen Anfrage der Sozialdemokraten über das Eingreifen des Wohlfahrtsministeriums in die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen

Ärzten und Krankenkassen.

Das Haus versagte zunächst einer Reihe von Strafverfolgungsanträgen gegen Abgeordnete die Genehmigung. Endgültig verabschiedet wird dann der Gesetzentwurf über die Ausdehnung des Ansiedlungsgesetzes auf die Rheinprovinz, wodurch die Errichtung neuer Ansiedlungen von einer behördlichen Genehmigung abhängig gemacht wird, vor deren Erteilung die polizeiliche Bauerlaubnis nicht gegeben werden darf.

Abg. Scholich (Soz.) weist auf die schweren Folgen des für den 1. Dezember von den Ärzten angekündigten Behandlungsstreik hin und fragt an, ob General v. Seeckt eingreifen werde, da die Behandlung der Kranken eine lebensnotwendige Aufgabe sei. Immer wieder werde gegen die Ortskrankenkassen der Vorwurf erhoben, daß sie nicht gut wirtschafteten und ihre Angestellten zu hoch bezahlten. Von den Ersatzkassen würde den Kassen trotz ihrer schweren finanziellen Lage eine unlautere Konkurrenz gemacht, indem die Ersatzkassen in der Praxis fortführen, Mitglieder der Ortskrankenkassen zu sich hinüberzuziehen. Der preußische Wohlfahrtsminister kümmere sich absolut nicht um diese Dinge. So zum Beispiel seien bis Juli vorigen Jahres von der allgemeinen Ortskrankenkasse in Breslau 25 000 Mitglieder in Ersatzkrankenkassen eingetreten.

Abg. Dr. Wester (Zentrum) erklärt, daß es sich nicht um Streik der Ärzte handele, da diese trotzdem arbeiten. Der Redner weist dann auf die bedeutende Steigerung der Verwaltungskosten bei den Krankenkassen hin, die teilweise das Dreifache der Vorkriegszeit betragen.

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer

bezeichnet die große Anfrage der Sozialdemokraten als durch die Verhältnisse zum Teil überholt. Ärzteschaft und Versicherungsträger seien zweifellos in einer schwierigen Lage. Gesetzesparagraphen allein würden aber nicht helfen können. Das Wohlfahrtsministerium sei stets bestrebt gewesen, einen gesunden Mittelweg zwischen den beiderseitigen Interessen zu finden. Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß die Schwierigkeiten noch überwunden werden. Ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen Ärzten und Versicherten sei im Interesse der Volksgesundheit unerläßlich.

Abg. Dr. Weyl (Soz.) hält es nicht für angebracht, Vorwürfe gegen diese oder jene Seite zu erheben. Das große Unglück müsse vom Volke abgewehrt werden. Der Landtag müsse dazu einen Weg finden. Der Redner beantragt, beim Reiche darauf hinzuwirken, daß der Reichsausschuß mit größter Beschleunigung nochmals einberufen wird.

Abg. Heidenreich (D. Vp.) bedauert, daß der Streik in jetziger Notzeit zum Austrag kommt, aber die Sache muß, um jeder Katastrophe vorzubeugen, schnell erledigt werden. Die Verordnung vom 30. Oktober ist unhaltbar. Man hat das ja im Ministerium auch eingesehen, wenn die Abmilderungen auch leider zu spät gekommen sind.

Vertretung der deutschen Wirtschaft.

Leitsätze zur Organisation.

Der Verfassungsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates kam nach mehrjährigen Verhandlungen über die Frage der Schaffung von Sonderkammern für Beamte, freie Berufe und Verbraucher, über die Bildung von Bezirkswirtschaftsräten und des endgültigen Reichswirtschaftsrates zur Annahme von folgenden Leitsätzen:

Das Bedürfnis besonderer Kammern für Beamte, freie Berufe und Verbraucher wird verneint. Gemeinsame Interessen im öffentlichen Leben können durch einzelne Angehörige der Interessengruppe oder durch frei privatwirtschaftlich gebildete Vereinigungen oder Kreise vertreten werden. Falls Bezirkswirtschaftsräte in irgendeiner Form gebildet werden, werden die „sonst beteiligten Volkskreise" und darin auch die Beamten, freien Berufe und Verbraucher im Bezirkswirtschaftsrat eine entsprechende Vertretung finden. Ein Bedürfnis nach Schaffung öffentlicher Berufsgruppen für diese Gruppen ist also zu verneinen. Die Entsendung von Vertretern aus diesen Gruppen kann durch die freien, privaten Organisationen geschehen.

Bezirkswirtschaftsräte. Für die Abgrenzung der Wirtschaftsbezirke ist die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der Gebiete maßgebend. Die Durchschneidung der politischen Grenzen ist nach Möglichkeit zu vermeiden. Kleine Länder und Länderteile, welche besondere wirtschaftliche Verhältnisse gegenüber den Nachbargebieten nicht aufweisen, sind dem Bezirkswirtschaftsrat eines wirtschaftlich gleichartigen Nachbarbezirks anzugliedern. Vertreter der gesamten Wirtschaftskreise jedes Bezirks treten nach Bedarf, mindestens einmal im Jahre, zur Erörterung gemeinsamer Angelegenheiten zusammen; sie bilden den Bezirkswirtschaftsrat.

Das Recht zur Vertretung haben: je zur Hälfte die amtlichen und die freien Berufsvertretungen in Handel, Industrie und Verkehr, im Handwerk und in der Landwirtschaft, ferner die Berufsvertretungen der Forstwirtschaft und der Hauswirtschaft; die durch die Satzung bestimmter Vereinigungen der sonstigen Kreise des Wirtschaftslebens (insbesondere Gemeinden und Gemeindeverbände, freie Berufe, Beamte, genossenschaftlich organisierte Verbraucher).

Reichswirtschaftsrat. Der Reichswirtschaftsrat ist nach der Verfassung berufen, als Gesamtvertretung des deutschen Wirtschaftslebens auf wirtschaftspolitischem und sozialpolitischem Gebiet an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs mitzuwirken. Bei der endgültigen Regelung der Zuständigkeit und der Verfassung des Reichswirtschaftsrats ist an den grundlegenden Bestimmungen der Reichsverfassung festzuhalten. Die Mitwirkung des Reichswirtschaftsrats an der Gesetzgebung ist dahin geregelt: der Reichswirtschaftsrat soll Gesetzentwürfe der Regierung auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet begutachten. Er kann Gesetzesvorlagen beantragen, eigene Gesetzesvorlagen aufstellen, durch die Reichsregierung bei dem Reichstag einbringen und vor dem Reichstag vertreten. Die Forderung, den Reichswirtschaftsrat aus einem bloß begutachtenden Organ zu einer zweiten mitbeschließenden Gesetzgebungskammer zu machen, wird nicht erhoben.

Mehrarbeit im Ruhrkohlenbergbau.

Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Um eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrbergbau zu ermöglichen, und um durch reichlichere und billigere Versorgung der Wirtschaft mit deutscher Steinkohle der Arbeitslosigkeit zu steuern und den Kohlenmangel zu beheben, haben die Vertreter des Zechenverbandes und der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium eine **Vereinbarung über Mehrarbeit getroffen.** Danach ist beschlossen, daß im Ruhrbergbau die Arbeiter unter Tage, sowie die mit der Förderung unmittelbar zusammenhängenden Arbeiten über Tage **eine Stunde Mehrarbeit pro Tagesschicht leisten.** Für die übrigen Arbeiter über Tage soll in Verbindung mit der Großindustrie baldigst eine Regelung der Arbeitszeit getroffen werden.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer waren darüber einig, daß zur möglichst baldigen Erreichung der Friedensleistung im Kohlenbergbau alle in der Technik, der Organisation und der Arbeitsleistung des Ruhrbergbaues möglichen Verbesserungen ohne Verzug durchgeführt werden müssen. Bis zum 1. Februar 1924 werden die Vertreter der Verbände unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums erneut zusammentreten, um festzustellen, ob dieses Ziel erreicht ist, oder welche weiteren Mittel etwa zu seiner Erreichung notwendig sind.

Aufruf zur deutschen Nothilfe.

Schwerste wirtschaftliche Not lastet auf dem deutschen Volke. Ins Unermeßliche gestiegen ist das Elend. Kinder und Greise hungern. Millionen schaffensfreudiger Männer und Frauen sind durch den Druck, der auf den besetzten Gebieten an Rhein und Ruhr lastet, aus Arbeit und Verdienst getrieben. Not und Elend sind so groß, der Darbenden so viele, daß die Kraft des Staates allein nicht ausreicht. In aufopfernder Notgemeinschaft muß daher das deutsche Volk die zusammenbrechende Hilfe von Reich und Ländern stützen und das drohende Unheil abwenden. An alle Deutschen ergeht darum der Ruf: **Helft mit Geld und Gut!** Gedenkt aller Deutschen, die hinsiechen in Hunger und Entbehrung. Gedenkt insbesondere der ungeheuren Leiden, die eure Brüder und Schwestern im Westen seit vielen Monaten erdulden. Gedenkt des Verzweiflungskampfes, den sie jetzt um das nackte Dasein, um ihre Zugehörigkeit zum Reiche führen. Teilt, was ihr irgend entbehren könnt, mit euren darbenden Volksgenossen! Aber nicht nur an Deutsche ergeht der Ruf, sondern an alle, die mitfühlen können mit dem furchtbaren Schicksal des gequälten deutschen Volkes. **Im Kampfe gegen die Hungersnot** schließt sich das deutsche Volk zu einer großen Notgemeinschaft zusammen. Sämtliche gleichgerichtete Hilfsaktionen und Sammelorganisationen wirken in ihrem Dienst. Deutsche Nothilfe soll sie heißen. Folgt ihrem Ruf!

Der Reichspräsident. Die Reichsregierung.
Die Regierungen der deutschen Länder.

Die Reichsgeschäftsstelle befindet sich Berlin W. 8, Wilhelmstraße 62. Reichsbankgirokonto. Postscheckkonto Berlin 156 000. Spenden nehmen alle Banken, Sparkassen und Postanstalten entgegen. Die Durchführung der Sammlung „Deutsche Nothilfe" ist den bestehenden Organen des Deutschen Volksopfers übertragen worden. Es wird also keine neue Organisation geschaffen.

Rabattgewährung im Kleinhandel.

Papiermarkverweigerung strafbar.

In zunehmendem Maße wird im Kleinhandel bei Zahlungen in Dollarschätzen und Goldanleihe ein größerer Rabattsatz gewährt. Eine Anzahl von Geschäften aber schließt bei dieser Rabattgewährung die Rentenmark aus, wie eine amtliche Veröffentlichung für Preußen sagt. An manchen Stellen wird dies sogar durch Plakataushang ausdrücklich bekanntgegeben. Die preußischen Polizeiverwaltungen haben daraufhin die Instruktion erhalten, gegen diese völlig unberechtigte und gemeinschädliche Diskreditierung der Rentenmark, die in der Güte ihrer Fundamentierung der Goldanleihe um nichts nachsteht, scharf vorzugehen. Geschäfte, die auch jetzt noch Rabattsätze bei Rentenmarkzahlung ausdrücklich verweigern, werden von der Polizei geschlossen, und es kann die Entziehung der Handelserlaubnis zur Anwendung kommen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch noch einmal nachdrücklichst darauf hingewiesen, daß die Geschäfte, die die Annahme von Papiermark verweigern und erklären, Ware überhaupt nicht oder jedenfalls nicht in dem angeforderten Umfange gegen Papiermark abgeben zu wollen, ebenfalls sofort unter gleichzeitiger Entziehung der Handelserlaubnis von der Polizei geschlossen werden. Die Polizeistellen sind verpflichtet, begründeten Anzeigen des Publikums dieser Art sofort nachzugehen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 3. Dezember 1923.

□ Die Rentenmark im Postscheckverkehr. Auf Grund einer Verordnung des Reichspräsidenten wird der Postscheckverkehr in den Tagen vom 13. bis 15. Dezember auf Rentenmark umgestellt. Vom 17. Dezember ab werden die Postscheckkunden über ihr Guthaben in Rentenmark verfügen können. Die Weiterführung der Papiermarkkonten neben den Rentenmarkkonten hat sich wegen der Betriebs- und Raumverhältnisse der Postscheckämter nicht ermöglichen lassen. Die Stammeinlage auf den Rentenmarkkonten wird 5 Rentenmark betragen. Zahlkarten, Überweisungen und Schecks müssen

„Flammen"

Roman von Hans Schulze.

Nachdruck verboten.

„Axel", sagte sie leise, „ist es denn wirklich wahr, daß du wieder bei mir bist?"

Er hatte sie von neuem in seine Arme genommen und küßte sie auf die tränenden Augen.

„Ja, Hella, es ist wahr, und ich weiß nicht, wie ich dir danken soll, daß du gekommen bist. Zwei lange Jahre habe ich ja gewartet auf diesen Augenblick wie ein Verzweifelter. Zwei lange Jahre war ja der Gedanke an dich mein einziger Trost, mein letzter Halt."

Ein Frostschauer rann ihm auf einmal über den Leib.

„Weißt du denn, was es heißt, zwei Jahre in jener Hölle, die mir alles geraubt, meine Ehre, meinen Namen, mich selbst."

„Sprich nicht so, Axel, ich kann es nicht hören."

Er lachte bitter auf.

„Das glaub ich dir gern, Hella! Ich war ja wohl auch für dich schon lange vergessen und versunken. Denn all die Briefe des Sträflings kamen uneröffnet und unbestellbar zu mir zurück. Und doch hab' ich die Hoffnung nicht aufgegeben, dich wiederzufinden. Die ganze Zeit seit meiner Entlassung aus Moabit hab' ich nichts weiter getan, als nach dir zu suchen. Anfänglich überall vergebens. Auf jedem Theaterbureau, in jede Agentur stets der gleiche Bescheid: Du seiest verschollen, seit Jahren schon. Bis mich der Zufall in Berlin mit einem früheren Kollegen von dir zusammenführte, der krank in der Charité gelegen hatte und dich dort in Schwesterntracht gesehen haben wollte. Das war die erste Spur. Drei Wochen darauf kam ich nach Pahlowitz. Seitdem hause ich drüben auf dem Inselwerder in einer alten Heuhütte. Segele, rudere und angele und genieße meine Freiheit. In dem Bewußtsein, die gleiche Luft mit dir zu atmen. Acht Tage lang hab' ich geschwankt, ob ich dir schreiben sollte. Weil mir ja so sehr vor deiner Antwort bangte."

„Und was willst du nun?"

„Ich will dich, Hella, nichts mehr und nichts weniger. Ich kann von dir nicht lassen, und ich lasse dich auch nicht. Du bist ein Teil von mir, ohne den ich nicht weiterleben kann. Das mag sentimental und verstiegen klingen und ist mir doch zur unumstößlichen Gewißheit geworden in den ganzen schlaflosen Nächten der letzten Zeit. Darum hab' ich dich um diese Aussprache gebeten. Weil endlich einmal Klarheit werden soll zwischen dir und mir."

Axel hatte sich auf einen alten Findlingsblock dicht am Wasser niedergelassen und zog Hella auf seinen Schoß herab.

Eng aneinandergeschmiegt saßen sie so lange Zeit und schauten auf das schweigende Dunkel des Sees hinaus, aus dessen tiefsten Fernen ein seltsames Licht geheimnisvoll flimmernd herüberwogte.

Und dann begann der Mann zu sprechen, unsicher und leise zuerst, als ob sich das Bekenntnis seiner Schande nur schwer von seinen Lippen lösen wollte.

„Sieh, Hella, ich weiß, daß ich ein Gezeichneter bin für alle Zeit. Die Schmach des Gefängnisses läßt sich nie wieder von dem alten Ehrenschilde der Freiherrn von Lessow tilgen. Wie eine unsichtbare Mauer steht meine Schuld zwischen mir und meinem früheren Leben. Du bist die Einzige, von der ich zu hoffen gewagt habe, daß sie meiner auch in der grauen Sträflingsjacke nicht ganz vergessen würde.

Du und meine Mutter! — —

Einen vollen Monat lang war ich schon wieder frei, als ich mir zum ersten Male das Herz faßte, die Heimat aufzusuchen. Spät abends kam ich auf unserm Gute an. Die Hunde kannten mich noch alle und verrieten mich nicht, als ich mich vom Hofe in den dunklen Park hinüberschlich. Meine Mutter saß mit meinen Schwestern gerade in dem kleinen Gartensaal beim Abendbrot. Die alte Hängelampe leuchtete mir so freundlich entgegen.

Es war alles so lieb und vertraut, daß ich am liebsten hinaufgestürmt und meiner Mutter um den Hals gefallen wäre, wie einst, wenn ich vom Regiment auf Urlaub kam. Und nun mußte ich stehen und warten wie der verlorene Sohn, bis die Schwestern schlafen gegangen waren. Da endlich wagte ich mich die Verandatreppe hinauf. Ach, Hella, und so viel Liebe hatte auf mich gehartt, so viel verzeihende Mutterliebe, die ich bis in den Tod gekränkt hatte."

Seine Stimme schwankte, schwerlastend wie ein Bleigewicht lag sein rechter Arm auf der schmalen Mädchenschulter.

„Und dann kam mein Bruder. Du kennst ihn ja auch ganz flüchtig von Berlin her. Ein Gewaltmensch kalt und rücksichtslos. Erst wollte er mich mit den Hunden vom Hofe hetzen. Es gab einen entsetzlichen Auftritt. Wenn meine Mutter nicht gewesen wäre, wir wären mit den blanken Fäusten aufeinander losgegangen. —

Dann lenkte er ein. Wurde geschäftsmäßig. Bot mir Geld wenn ich Europa verließe und mich verpflichtete, meinen Namen und Adel abzulegen. Rechnete mir vor, daß ich mit dir in kaum anderthalb Jahren fast hundertfünfzigtausend Mark vergeudet hätte. Den ganzen Erbteil meines einstigen Vatererbes. Und bot mir dann endlich eine Summe, mit der er, wie er sagte, die Familie noch einmal von meiner Schande loskaufen wollte.

Dreißigtausend Mark.

Mit dem zehnten Teil hätte ich mich einst retten können, wenn er sie mir damals gegeben hätte für den unseligen Wechsel, der mich zugrunde gerichtet hat.

Mit dem Gelde soll ich nach Afrika und mir eine Farm kaufen. Sobald ich in Hamburg einen Schiffsplatz belegt habe, bekomme ich fünfzehntausend Mark ausgezahlt, die andere Hälfte durch eine Bank in Kapstadt. Bedenkzeit hab' ich bis zum 1. Juli. So ist es ausgemacht und unterschrieben worden. Und nun bin ich hier, um dich zu fragen: Willst du dich mir anvertrauen, Hella? Willst du mich nach Afrika begleiten und mir helfen, uns beiden dort ein neues Leben aufzubauen? Die ersten Jahre werden hart und schwer sein. Aber ich will arbeiten für dich, arbeiten, bis ich zusammenbreche. Und wenn wir uns lieb haben, was fragen wir nach allem andern. Ein Mensch für sich allein ist nichts, zwei sind die Welt!" —

Mit heißen Augen sah Hella vor sich in die Finsternis.

Nach dem ersten überwältigenden Sturm der Leidenschaft hatte schnell die kühlere Vernunft in ihr wieder die Oberhand gewonnen, war der rechnende Verstand in seine Rechte getreten.

Sie hörte kaum noch, was der Mann an ihrer Seite weitersprach, wie er in neuerwachter Lebensenergie den dunklen Erdteil mit all seinen Hoffnungen umspann, Hoffnungen, die ein so anderes Gesicht hatten, als die glänzenden Traumphantasien, in denen sie sich selber schon so oft ihr künftiges Leben ausgemalt hatte.

In einer instinktiven Abwehrempfindung dachte sie immer wieder nur das eine, wie sie ein entscheidendes Wort hinauszögern könnte, bis sich ein Ausweg fand, den unbegemen Mahner an die Vergangenheit für alle Zeit abzuschütteln.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Berlin, 1. Dez Die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten wollen zunächst die programmatische Erklärung der neuen Regierung abwarten, ehe sie zu ihr Stellung nehmen.

Im **Preußischen Landtage** wurden gestern die Anträge auf Aufhebung der Verordnung über Aerzte und Krankenkassen angenommen.

Im Ruhrgebiet ist ein Kompromiß zwischen Unternehmern und den Gewerkschaften über die Wiederaufnahme der Arbeit und der Ueberschichten zustande gekommen.

Die Konjunkturkrise.

Aus Wirtschaftskreisen wird uns geschrieben: Wir stehen inmitten einer ernsten Konjunkturkrise, die hauptsächlich entstanden ist aus dem ständig größer werdenden Mißverhältnis zwischen den Warenpreisen und den Einnahmen der Verbraucherschichten. Die Krise ist auch deshalb besonders schlimm geworden, weil der Absatz an das Ausland völlig ins Stocken geraten ist; während bei uns die Warenpreise immer höher wurden, erfuhren sie im Ausland eine erhebliche Senkung, so daß die Annäherung sehr bald vollzogen war, und sich auch bei weiteren Marktstürezn immer mehr schnell wieder von neuem vollzieht.

Die jetzige Konjunkturkrise ist zu einem guten Teil finanztechnischer Art. Sie wird in dem Augenblick viel von ihrer Schwere verlieren, in dem das deutsche Gewerbe über so viel wertbeständige Zahlungsmittel verfügt, um seine gesamte Produktion auf wertbeständiger Grundlage sich abwickeln lassen zu können. Dann werden auch die jetzt überall genommenen Geldentwertungszuschläge (bis zu 2 Drittel des gesamten Warenpreises) hinfällig; außerdem wird dann sofort auch wieder die Kalkulation auf stabile Grundlage gestellt, so daß ein Pfenniqrechnen wie früher wieder möglich war. Weiter ist wesentlich, daß die jetzige Konjunkturkrise eine Mahnung darstellt, den Inlandsmarkt als Hauptabsatzgebiet und als Rückhalt für die Produktion zu betrachten. In der Nachkriegszeit war es leider anders, da fast alle Unternehmen — teils zwangsweise, teils aber auch aus dem Bestreben nach Erzielung höherer Gewinne— im Auslandsmarkt das Hauptabsatzgebiet suchten, wobei sie vergaßen, daß ohne sicheren Inlandsabsatz auf die Dauer kein Gewerbe existieren kann. Das Hauptbestreben der nächsten Zeit muß dahin gehen, die Inlandskaufkraft wieder zu stärken. Dieses Problem läßt sich sehr leicht in Verbindung bringen mit einem anderen, nämlich dem der Steigerung der Produktion. Durch Verbesserung der Produktionsmethoden und durch Vereinfachung des Warenvertriebes muß eine Preisverbilligung und damit Absatzsteigerung erzielt werden. Hier werden sich jedoch vermutlich Schwierigkeiten daraus ergeben, daß produktionsfördernde Einrichtungen wegen der Kostenfrage nur schwer und nur nach und nach beschafft werden können.

Börse und Handel.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** In Millionen Mk.

Börsenplätze	30. 11. gesucht	30. 11. angeb.	29. 11. gesucht	29. 11. angeb.
Holland 1 Gulden	1 596 000	1 604 000	1 596 000	1 604 000
Dänemark 1 Kr.	758 100	761 900	750 120	753 880
Schweden 1 Kr.	1 105 230	1 110 770	1 101 240	1 106 760
Norwegen 1 Kr.	638 400	641 600	630 420	633 580
Finnland Mark	111 720	112 280	111 720	112 280
Amerika 1 Doll.	**4189500**	**4210500**	**4189500**	**4210500**
England 1 Pfd.	18 354 000	18 446 000	18 354 000	18 446 000
Schweiz 1 Fr.	734 160	737 840	734 160	737 840
Frankreich 1 Fr.	227 430	228 570	227 430	228 570
Belgien 1 Fr.	195 510	196 490	195 510	196 490
Italien 1 Lira	179 550	180 450	179 550	180 450
Tschechien 1 Kr.	121 695	122 305	121 695	122 305
Österr. 1000 Kr.	59 850	60 150	59 850	60 150
Ungarn 1000 Kr.	217 455	218 545	217 455	218 545

Deutsche Werte am 30. November.

Eine Rentenmark	1 Billion	Papiermark
Dollarschatzanweisungen . . .	4.4 Bill.	„
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich .	4200 Milliard.	Papierm.
Ein Goldpfennig	10 „	„
Eine Goldmark	1000 „	„

* Ostdevisen wurden in Berlin am 30. November von der halbamtlichen Kommission wie folgt notiert: Auszahlungen: Bukarest 20 895 G., 21 105 B.; Kattowitz 1333 T. G., 1367 T B.; Riga 16 872 M. G., 17 128 M. B.; Reval 11 910 M. G., 12 090 M. B.; Kowno 415 800 M. G., 424 200 M. B. Notennotierungen: Polnische Mark 1316 T. G., 1384 T. B.; Estnische Mark 11 310 M. G., 11 890 M. B.

* Berliner Produktenmarkt vom 30. November 1923. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark: Weizen märkischer 192—200. Ruhig. Zum Schluß fester. Roggen märkischer 172—178, pommerscher 172—177, westpreußischer 170 bis 172. Fest. Gerste, Sommergerste 194—200. Etwas matter. Hafer märkischer 160—164. Etwas matter. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 33—36,50. Ruhig. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 30—33. Ruhig. Weizenkleie frei Berlin 7,80 bis 8. Still. Roggenkleie frei Berlin 7,60—7,80. Still. Raps 335—340. Still. Viktoriaerbsen 45—55, kleine Speiseerbsen 33 bis 36, Peluschken 17—19, Seradella 20—23, Rapskuchen 13, Trockenschnitzel 8, Torfmelasse 30-70 7, Kartoffelflocken 18—19.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt. (In Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,80—1,00, desgl. Haferstroh 0,70—0,90, desgl. Gerstenstroh 0,70—0,90, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,70, Häcksel 1,90, handelsübl. Heu 1,30—1,40, gutes Heu 1,60—1,80.

* Kartoffelnotierungen vom 30. November. (Amtlich.) Pro 50 Kilogramm: Erzeugerpreise ab märk. Vollbahnstationen, Speisekartoffeln, weiße und rote, 2,10.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Die Kinder des Generals.** Vor einem Berliner Schwurgericht hatten sich wegen eines Raubüberfalles auf einen Kunsthändler die Geschwister Paul Hasse und Elisabeth Najock geb. Hasse sowie der Ehemann Rolf Najock zu verantworten. Die Geschwister Hasse sind die Kinder eines Generalmajors. Die Angeklagten hatten an einem Maitage des Jahres 1922 den im Berliner Westen wohnenden Kunsthändler aufgesucht, angeblich, um alte Gemälde aufzukaufen. Nach verabredetem Plan haben sie ihn dann niedergeschlagen. Es gelang dem Überfallenen, sich blutüberströmt in ein Nebenzimmer zu retten und Hilfe herbeizurufen, so daß die drei Angeklagten auf frischer Tat ergriffen werden konnten, ehe sie den Raub ausführten. Rolf Najock wurde zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, Elisabeth Najock zu vier Jahren Gefängnis und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Paul Hasse wurde, da er geistig minderwertig ist, freigesprochen; er soll jedoch in einer Heilanstalt untergebracht werden.

Wetter-Aussichten.

2. Dez. veränderlich, Nachts kalt.
3. „ wenig verändert.
4. „ Wolken, teils Sonne, normal temperiert.
5. „ kaum verändert.
6. „ Wolken mit Sonne, teils bedeckt, kalt.
7. „ veränderlich, Tags gelinde.
8. „ Wolken, Niederschlag, ziemlich gelinde.

Schriftleitung: Wilh Bell jr., Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

In der Strafsache gegen den **Prokuristen Rudolf Schmidt in Oberbrügge** — U. L. 126/21 — wegen **Steuerhinterziehung** wird folgender Strafbescheid hiermit bekannt gemacht:

Strafbescheid.

Gegen den Prokuristen Rudolf Schmidt in Oberbrügge wird wegen Steuerhinterziehung, Vergehen gegen § 27 Ges. betr. Kriegsabgabe vom Verm.-Zuwachs vom 10. 9. 1919, § 58 Reichsnotopfergesetz, § 53 Reichseinkommensteuergesetz, §§ 359, 360, 366 Reichsabgabenordnung eine Geldstrafe von 2 515 546 Mark festgesetzt.

Die Bestrafung ist auf Kosten des Verurteilten bekanntzumachen.

Außerdem fallen dem Beschuldigten die Kosten zur Last, die nach § 419 A O berechnet werden.

Auszug aus den Gründen:

Der Beschuldigte ist sonach überführt, in der Absicht der Steuerhinterziehung in seinem Berufe Bücher unrichtig geführt und unrichtige Geschäftsabschlüsse vorgelegt zu haben, sowie durch mehrere selbständige Handlungen

1. als Abgabepflichtiger und in drei Fällen als Vertreter von Abgabepflichtigen wissentlich der Steuerbehörde unrichtige Angaben gemacht zu haben, die geeignet waren, eine Verkürzung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs herbeizuführen;
2. vorsätzlich bewirkt zu haben, daß sein eigenes Reichsnotopfer und dasjenige der Teilhaber der Firma C. H. Steinbach verkürzt wurde;
3. versucht zu haben, seine eigene Einkommensteuer und diejenige der Teilhaber Lausberg, Lehe und Frau Witwe Heinrich Steinbach zu verkürzen;

Vergehen gegen § 27 Ges. betr. K A o. V. Z. vom 10 9. 1919; §§ 359, 360, 366 R. A O.

Lüdenscheid, den 23. August 1921.

Finanzamt,
gez. Dr. Plew, Regierungsrat

Die Richtigkeit vorstehenden Auszuges und die Rechtskraft des Strafbescheides werden bescheinigt.

gez. Jürgens, Obersteuersekretär.

Steuerabzug vom Arbeitslohn

Für die Berechnung der Ermäßigung beim Lohnabzug tritt für Monatslohnzahlungsperioden folgende Aenderung ein:

Statt der Verhältniszahl derjenigen Kalenderwoche, bis zu deren Ablauf mehr als 50 v. H. des Gesamtbruttolohnes fällig und bezahlt worden sind, ist von sofort ab die Durchschnittsverhältniszahl für den Lohnmonat zugrunde zu legen. Für den Monat November würde diese Durchschnittsverhältniszahl, unter Berücksichtigung der Anzahl der Tage (30) und der an den einzelnen Tagen in Geltung gewesenen Verhältniszahlen (6000, 20 000, 300 000, 300 000 und 700 000) rund 285 000 betragen. Diese Verhältniszahl ist bei der Berechnung der Steuerermäßigung für die Monatslohnabrechnung „November" zu Grunde zu legen.

Lüdenscheid, den 30 Nov 1923

Finanzamt,
gez Dr. Plew, Regierungsrat

Bekanntmachung.

A.I. Die **staatliche Steuer** vom Grundvermögen für das Rechnungsjahr 1923 wird nur für die Zeit vom 1 11. 1923 bis 31. 3 1924 erhoben und zwar als Goldmarksteuer nach dem Goldumrechnungssatz am Tage der Zahlung (am 15 eines **jeden Monats**) ohne Aufforderung.

II.a. Die Steuer ist für die Gemeinde Kierspe zum ersten Male am Dienstag, den 4. 12 1923 bei der Gemeindekasse in Kierspe zu zu zahlen Für November **muß** sie, für Dezember **kann** sie am 4. 12 23 entrichtet werden

III. Bei Mietshäusern darf die Steuer allmonatlich 5 Werktage später bezahlt werden.

b. Zum ersten Male ist die Steuer für Mietshäuser in der Gemeinde Kierspe am Montag, den 10. 12. 1923, bei der Gemeindekasse in Kierspe zu entrichten. Für November **muß** sie, für Dezember **kann** sie am 10 bezahlt werden.

IV. Für die Mietsgebäudegrundstücke (b) und die anderen Grundstücke (a) werden die Zahlungen bis zum 4 bezw 10 12 1923 einschließlich zu dem Goldumrechnungsatz vom 15 11 1923 (300 000 000 000 Mark) angenommen.

BV. Die **gemeindliche** Steuer vom Grundvermögen in der Gemeinde Kierspe für die Zeit vom 1 11. 1923 bis 31. 3 1924 beträgt 100% Zuschlag zu der staatlichen Steuer vom Grundvermögen. Sie ist in derselben Weise und zur gleichen Zeit wie die staatliche Steuer zu entrichten.

VI. Die frühere Grund- und Gebäudesteuer wird für Staat und Gemeinde seit 1 4 1923 nicht mehr erhoben. Sie ist durch die Grundvermögenssteuer ersetzt worden

Kierspe, den 28 November 1923.

Der Amtmann: Hiltebrandt.

Mietzinssteigerung für Dezember.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 29. Oktober ds. Jrs. treten ab 1. Dezember d J folgende Mietzinssteigerungen in Kraft:

a) für Verwaltungskosten 1,2 Billionen %
b) für laufende Instandsetzungsarbeiten 2,8 Billionen %
c) für gewerbliche Räume erhöhen sich die Zuschläge für Verwaltungskosten und laufende Instandsetzungsarbeiten um weitere 25%

Lüdenscheid, den 29 November 1923

Der Amtmann.

Getränkesteuer.

Die am 30. September ds. Js von der Gemeindevertretung **Hülscheid** beschlossenen Getränkesteuerordnung hat die Genehmigung und Zustimmung der Aufsichtsbehörden gefunden.

Die Ordnung kann auf dem Amtsbüro in Clagebach eingesehen werden.

Lüdenscheid, den 27. November 1923.

Der Amtmann.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen
Nörtemann & Co., Holzhandlung Hagen i. W.
Fernruf 1897 und 3965.

Das schwerste Opfer denkender Menschen

ist, geistiger Nahrung beraubt zu sein. Wollen Sie in einer Zeit, in der das öffentliche Leben auch für den Einzelnen alles bedeutet, auf den Bezug einer guten Zeitung verzichten, die Ihnen täglich mehrmals Aufschluß über die Ereignisse des großen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens bringt? Wir dürfen annehmen:

Ganz sicher nicht!

Wir laden hiermit zum Bezuge der Rheinisch-Westfälischen Zeitung ein. Die im 186. Jahrgang stehende RWZ hat sich schon seit vielen Jahrzehnten nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland den Ruf einer entschieden nationalen und nach jeder Hinsicht unabhängigen Zeitung erworben. Darum finden ihre Ausführungen Beachtung in den Kreisen der führenden Wirtschaftspolitiker. Der Nachrichtendienst, die Auswahl des Feuilletons und Unterhaltungsstoffes befriedigt auch verwöhnte Leser. Zustellung an den wichtigen Plätzen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets erfolgt durch Boten, an allen übrigen Plätzen durch die Post. Wir empfehlen, die Bestellung für den nächsten Monat jetzt vorzunehmen.

Verlag der Rheinisch-Westfälischen Zeitung.

Sämtliche
Drucksachen
für Industrie, Handel, Vereine und Private
in modernster Ausführung
-: liefert schnell und billig :-
Wilh. Bell jr., Halver i. W.
Buch- und Kunstdruckerei.
Verlag des „Allgemeinen Anzeigers" u. „Schalksmühler
:-: General-Anzeigers". :-:

Nur in meinem Bettfedernlager
✓ kaufen Sie preiswert



Bettfedern
Inlette echt rot u. federdicht.
Fertige Betten
werd. kostenlos im Beisein des Käufers gefüllt.
Ernst Windmüller,
Bettfedern-Großhandl.
Bismarckstr. 24
am Wilhelmsplatz
Telephon 3694.
Straßenbahnhaltestelle Linie 8.
Geschäftszeit von 8 Uhr morg. bis 7 Uhr abends
Hagen i. W.



Gut genährte
Schlachtpferde
werden zu konkurrenzlosen Preisen angekauft Bei Unglücksfällen Transportwagen zur Verfügung. Auch Nachts telefonisch zu erreichen
Roßschlächterei
Albert Pitten,
Hagen i. W.
Wilhelmstr 2. Tel. 176

Bürstenwaren
Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wichsbürsten
Waschbürsten
Abseifbürsten
Handfeger
Haarbesen
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Briefkasetten
mit und ohne Druck empfiehlt
Wilhelm Bell jr. Halver.